



Niederschrift Nr. 7

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22. Juni 2010 von 18:05 Uhr bis 22:08 Uhr im Bürgersaal des Rathauses

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Herdner

Zahl der anwesenden Mitglieder: 17 + BM = 18 (Normalzahl: 19)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder: Stadtrat Jens Becherer (v)
Stadtrat Franz Sauter bis 18.16 Uhr

Schriftführer: Dr. Ludger Beckmann

Stadtverwaltung: Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Wehrle (ab 18.38 Uhr),
Frau Grieshaber, Frau Klein, Herr Baumer, Herr Wekker, Herr Dold

Sonstige: TOP 1.3 - Ralf Ellenberger, Energieagentur
TOP 1.4 - Jeinous Tawakoli

Besucher: 5

Presse: 2

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **16.06.2010** ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **16.06.2010** ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift **Stadtrat Rainer Jung** und **Stadtrat Dr. Stefan Scheit** bestimmt werden.

TOP 1 Aktuelle Stunde

Eingangs der Sitzung gratuliert Bürgermeister Josef Herdner den Stadträten Jung und Thurner zu ihren Geburtstagen.

TOP 1.1 Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 1.2 Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

Der Bericht wird von Bürgermeister Herdner abgegeben:

Funkversorgung: BOS Dienstfunk der Polizei; Ergänzung des BOS-Richtfunknetzes in Furtwangen

Zur weiteren Erkundung fanden am 8. und 9. Juni 2010 Baustellengespräche an den drei Standorten statt.

TaPS - Vorstellung und Einsatzmöglichkeiten

Ein Gesprächstermin mit Müttern von TaPS findet am 12.07.2010 statt. Ein verstärkter Kontakt zu TaPS ist verwaltungsseitig beabsichtigt.

Örtliche Bedarfsplanung zur Kleinkindbetreuung 2010/2011 (Krippenplätze)

Der Gesamtelternbeirat und die Kindergartenträger wurden mit Schreiben vom 19.05.2010 vom Gemeinderatsbeschluss benachrichtigt. Ein Widerspruch der Evangelischen Kirchengemeinde ist eingegangen

Kinderhaus Furtwangen; Umnutzung und Umbau des bestehenden Anwesens Bahnhofstraße 7

Der Gesamtelternbeirat, die kath. Verrechnungsstelle und die Kirchengemeinde St. Cyriak wurden vom Gemeinderatsbeschluss benachrichtigt. Die Ausführenden der zunächst anstehenden Gewerke sind über die Fortsetzung des Projektes informiert. Ausschreibungen von diversen weiteren Bauleistungen sind in Arbeit.

Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer

Tagesordnungspunkt wird unter TOP 8 beraten.

TOP 1.3 Vorstellung der Energieagentur Schwarzwald-Baar-Kreis GbR

Bürgermeister Herdner begrüßt Herrn Ralf Ellenberger, Niederlassungsleiter der Energieagentur Schwarzwald-Baar-Kreis GbR.

Herr Ellenberger bedankt sich für die Einladung und trägt vor. Die Energieagentur Schwarzwald-Baar GbR sei eine Niederlassung der 2007 gegründeten Energieagentur Landkreis Tuttlingen gGmbH. Gegenstand des Unternehmens sei die Förderung des Klima- und Umweltschutzes durch Beratung und Serviceleistung. Man biete den Kunden ein kostenloses, umfassendes und neutrales Beratungsangebot rund ums Energiesparen und den Einsatz erneuerbarer Energien. Für weitergehende Leistungen, wie die Erstellung konkreter Sanierungskonzepte oder die Ausstellung von Gebäudeenergieausweisen werden von der Energieagentur Ansprechpartner aus Handwerk, Architektur und Ingenieurwesen benannt. Man stehe aber auch nach Baubeginn mit Rat und Tat zur Verfügung.

Zwecks Einführung eines kommunalen Energiemanagements werde das Personal geschult, die Aufgabe ggf. könne aber auch komplett übernommen werden. Bei einer Sanierungsberatung sei eine oberbauleitende Begleitung möglich. Es werde nun auch

in St. Georgen monatliche Beratungsstunden angeboten, für Furtwangen sei man damit noch in der Planung.

Bei Gebäuden, aber auch Beleuchtungsanlagen seien Einsparpotentiale möglich. Beratungsgespräche seien im Büro oder per Telefon, weniger per Emails und Post möglich. Die Energieagentur sei ein sinnvolles Mittel, Energieprobleme lokal anzupacken, sie diene aber auch der Wirtschaftsförderung.

Bürgermeister Herdner bedankt sich bei Herrn Ellenberger und verabschiedet ihn aus dem Gemeinderat.

TOP 1.4 Sachstandsbericht zur Schulsozialarbeit an der Werkrealschule am Ilben

Bürgermeister Herdner verweist auf den Presseartikel zu diesem Thema in einer Ausgabe des örtlichen Südkuriers. Er begrüßt Frau Tawakoli und erteilt ihr das Wort.

Frau Tawakoli teilt Tischvorlagen zu ihrer Arbeit aus und bedankt sich hierbei für die Möglichkeit, ihre Arbeit dem Gemeinderat vorstellen zu können. Seit zehn Jahren sei sie als Angestellte der Caritas an der Hauptschule tätig. Sie gebe den dortigen Schülerinnen und Schülern Beratung und Einzelfallhilfe. Dies fange schon in der 5. Klasse an, man müsste den Start ihrer Meinung nach eigentlich schon in die Grundschule verlegen.

Die Probleme seien komplizierter geworden und die elterliche Mitarbeit werde deswegen dringend benötigt und auch großgeschrieben. Sie sei in das System der Schule eingebettet und arbeite eng mit den Lehrkräften zusammen. Bei schwierigen Problemen sei auch der Kontakt mit dem Jugendamt notwendig. Bei Streitigkeiten zwischen Kindern lasse sie die Kinder sich zunächst aussprechen. Diese Methode der Streitschlichtung reiche beim Täter-Opfer-Ausgleich nicht aus, hier müsse sie sich stärker einmischen. Sehr schwierig seien die Fälle von Mobbing, da sie meist sehr schlaue geplant seien.

Im Rahmen der Prävention arbeite sie mit der ganzen Klasse zusammen, insbesondere in der Suchtprävention. Hiermit habe sie gute Erfahrungen gemacht. Diese Projekte dienten auch der Persönlichkeitsentwicklung (Gefühle, Stärken des Einzelnen, Neinsagen, Freundschaften). In der 7. Klasse befasse man sich mit den Themen Partnerschaft, Sexualität und Verhütung. Für die Unterstützung durch Caritas und der örtlichen Ärzteschaft zeigte sich Frau Tawakoli sehr dankbar.

Als weitere Projekte benannte sie den Girl's Day, das Schüler-Café, Informationsabende für Eltern, Berufsorientierung und die Theatergruppe, aber auch Karate-Kurse und Selbstverteidigungskurse für Mädchen.

Bürgermeister Herdner dankt ihr für ihren Vortrag und zeigt sich nachdenklich über ihre Aussage, die Prävention schon in die Grundschule vorverlegen zu müssen.

Stadtrat Jung vermisst eine Aussage zur möglichen Zusammenarbeit mit dem Jugendhaus. Er fragt sie, ob sie Herrn Brandstetter vergessen habe. Weiterhin fragt er sie, ob sie eine Chance für eine Zusammenarbeit sehe und nach möglichen Schnittstellen.

Frau Tawakoli sagt aus, dass sie Herrn Brandstetter täglich durch das Mittagessen sehe. Es gebe mit ihm keine so intensive Zusammenarbeit.

Stadtrat Sauter fragt nach den Eltern. Sei bei denen eine Abflachung zu erkennen? Frau Tawakoli bezeichnet die Familien- und Elternarbeit als wichtig. In Einzelfallge-

sprächen müsse sie klären, ob sie handeln müsse. Sie begrüßt die Zusammenarbeit mit den Eltern. Im Mittelpunkt stehe für sie aber das Kind.

Mit seiner Frage nach der Motivation der Eltern hakt Stadtrat Sauter nochmals nach. Sei sie steigend oder fallend?
Eltern interessierten sich sehr wohl dafür, so Frau Tawakoli.

Stadtrat Ebeling dankt für Ihren Vortrag. Diese Stelle müsste an jeder Schule sein. An der Hauptschule sei er als Polizist nun weniger im Einsatz. Er finde die Sache gut.

Kontinuierliche Arbeit mache nach Frau Tawakoli viel aus. Nur hierdurch könne eine Vertrauensbasis aufgebaut werden. Die Kinder könnten jederzeit einfach zu ihr kommen.

Bürgermeister Herdner dankt ihr für ihr Kommen und entlässt sie aus dem Gemeinderat.

TOP 2 Sachstandsbericht Schülerentwicklung **Vorlage: GR 081**

Nach einer kurzen Einleitung gibt Bürgermeister Josef Herdner das Wort an Frau Angela Klein, stellv. Hauptamtsleiterin.

Frau Klein berichtet, dass im Bereich der Grundschulen an allen drei Schulen ein starker Rückgang der Schülerzahlen in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen sei. Eine Folge davon sei, dass die Anne-Frank-Schule seit diesem Schuljahr in der Einschulungsklasse nur noch einzügig geführt werden könne. Auch wenn im kommenden Schuljahr die Zweizügigkeit bei den Einschulungszahlen erreichbar sei, werde dies nur vorübergehender Natur sein. Die Anne-Frank-Schule habe ein Sportprofil und sei eine Offene Ganztagschule mit Mittagstisch.

Die Friedrichschule werde bis etwa 2015 zweizügig geführt werden können. Sie beherberge zwei Außenklassen der Bregtalschule. Sie sei durch ein soziales Profil ausgezeichnet, gelte als Verlässliche Halbtagsgrundschule und habe einen Hort.

Die Grundschule in Neukirch sei einzügig mit zwei Kombinationsklassen. Sie kooperiere mit dem Kindergarten und ist Vergleichsschule zum Projekt Bildungshaus 3-10. Weiterhin sei sie eine Verlässliche Halbtagsgrundschule mit Mittagbetreuung.

Die Hauptschule am Ilben/Werkrealschule werde voraussichtlich für die Klassen 5 bis 10 einzügig geführt werden können. Sie zeichne sich als eine Offene Ganztagschule aus, kooperiere mit dem Otto-Hahn-Gymnasium und biete auch dort einen Mittagstisch. Die Hauptschule werde zum kommenden Schuljahr in Kooperation mit Gütenbach zur Werkrealschule.

Den stärksten Rückgang werde die Realschule am OHG erleiden, so Frau Klein. Von jetzt 430 Schülern werde die Zahl auf 217 im Schuljahr 2016/17 zurückgehen. Die Offene Ganztagschule mit Mittagstisch (Mensa) weise einen hohen Anteil an auswärtigen Schülern auf (45%).

Nicht ganz so deutlich werde der Rückgang beim Gymnasium sein (465 im Jahre 2009/2010, 332 im Jahre 2016/17). In beiden Fällen sei von einer langfristigen Zweizügigkeit auszugehen. Jeder dritte Schüler komme auch hier von auswärts. Die Elite-schule des Sports habe im nächsten Jahr wegen der frühzeitigen Einführung des G8 einen doppelten Abiturientenjahrgang. Das OHG sei eine Offene Ganztagschule mit Mittagstisch (Mensa).

Mit der Darstellung der Anne-Frank-Förderschule schließt Frau Klein ihren Vortrag. Dort sei ebenfalls mit einem leichten Rückgang der Schülerzahlen zu rechnen. Diese einzügige Schule biete ein ergänzendes Angebot, einen Mittagstisch und eine Nachmittagsbetreuung in Kooperationen mit Vereinen etc.

Bürgermeister Herdner dankt ihr für die Erläuterungen und Auflistungen.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder spricht die Übergangszahlen an. Er fragt, ob die Abnahmen bei der Realschule und beim Gymnasium ein statistischer Fehler sei. Er verweist auf die Übergänge zum Technischen Gymnasium. Er möchte die Zahlen auch in dieser Richtung haben. Schließlich fragt er nach einzelnen Positionen bei der Anne-Frank-Schule, insbesondere bei den ausländischen Schülern.

Frau Klein erläutert ihre Vorgehensweise, besonders bei der Ermittlung der Übergangsquote.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder sieht bei den nackten Zahlen Schwankungen, aber auch die Zugrundlegung eines prozentualen Mittelwerts. Dieses stimme nicht überein.

Frau Klein macht darauf aufmerksam, dass die Robert-Gerwig-Schule keine städtische Schule sei.

Für Stadtrat Prof. Kühne sind räumliche Zusammenlegungen an Furtwanger Schulen vor 2016 kein Thema. Vor diesem Zeitpunkt entstünde durch Veränderungen kein Einsparpotenzial.

**TOP 3 Bildung einer Werkrealschule im Oberen Bregtal;
Satzung zur Bildung eines Schulbezirks
Vorlage: GR 076**

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag.

Stadtrat Jung erklärt hierzu, dass dies Sinn mache. Es zwingt die Schüler an die Werkrealschule und helfe der Pflanze Werkrealschule zu wachsen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Satzung zur Bildung eines Schulbezirks für die Werkrealschule in Furtwangen wird in beiliegender Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

**TOP 4 Bebauungsplan "Ehemaliges Krankenhaus-Areal, 1. Änderung"
Vorlage: GR 052**

Stadtrat Jäger nimmt als befangen im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag.

Stadtrat Thurner bittet um Bestätigung, dass die ausgewiesene Grundflächenzahl von 0,5 nicht überschritten werden dürfe.

Herr Baumer bestätigt ihm dieses.

Die Unterbringung einer Tankstelle im ehemaligen Krankenhaus möchte Stadtrat Dr. Scheit gestrichen wissen. Er ist strikt dagegen.

Da es so in der Baunutzungsverordnung stehe, sei eine Änderung nach Aussage von Bürgermeister Herdner nicht möglich.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur ersten Änderung des Bebauungsplanes „Ehemaliges Krankenhaus-Areal“ ein Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja, 1 Enthaltung.

Hierauf kehrt Stadtrat Jäger in den Gemeinderat zurück.

**TOP 5 Bauvorhaben:
Bauvoranfrage wegen Umplanung der vorgesehenen fünf Einzelgebäude auf den
Anwesen Bahnhofstraße 7, Baumannstraße 17 und Baumannstraße 21
Vorlage: GR 078**

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag und stellt hierbei die neue Planung mit den 27 Stellplätzen vor. Er macht deutlich, dass es für Studenten keine klaren Richtlinien gebe.

Nach Stadtrat Sauter sei diese Thematik in der Fraktion grundsätzlich beraten und wohlwollend aufgenommen worden. Man solle an dem vom TUA festgelegten Mindestgebot an Stellplätzen, an diesem Teiler festhalten. Das Parkhaus sei unklar; es ende im rechten Winkel frontal zur Baumannstraße. Zu klären sei weiterhin im internen, inneren Bereich die Fußgängeranbindung in Richtung Hochschule. Gebe es hier eine weitergehende Übergehlösung oder ende es hier an der Grundstücksgrenze, so seine Frage.

Bürgermeister Herdner wirft ein, dass man beim Teiler nun wesentlich besser liege.

Zur Fußläufigkeit in der neuen Planung erklärt Herr Baumer, dass hier nur eine privatrechtliche Regelung möglich sei.

Stadtrat Dr. Scheit wirft ein, dass er diese Möglichkeit als Mieter ablehne.

Nach Stadtrat Jung gebe es hierüber eine kontroverse Diskussion. Hier entstehe etwas Neues. Eine marktwirtschaftliche Lösung sei für die studentischen Parkplätze denkbar. Er sehe Probleme beim Wegnehmen von Parkplätzen. Man wolle sich nicht vor Gericht sehen. Im Rahmen einer notwendigen Parkraumbewirtschaftung müsse man über Parkausweise nachdenken. Die Baumannstraße werde durch dieses Bauprojekt attraktiver.

Stadtrat Jäger stellt fest, dass hier für 55-60 Personen Wohnungen geschaffen würden. Es würden noch mehr Parkplätze benötigt. Er findet es nicht in Ordnung, dass nicht ausreichend Parkplätze geschaffen würden.

Nach einer möglichen Lärmbelästigung durch den Aufzug fragt Stadtrat Dorer. Dies wird von Bürgermeister Herdner verneint.

Auf die Frage von Stadtrat Thurner, ob der Schulungsraum berücksichtigt worden sei, erklärt Bürgermeister Herdner, dass ein Bedarf für 52 Bewohner und Schulungsraum bestünde.

Aufgrund der Ausfahrtsituation in die Baumannstraße fordert Stadtrat Thurner einen Spiegel. Bürgermeister Herdner sagt eine Prüfung zu.

Schließlich fragt Stadtrat Thurner nach den Parkplätzen am Hug-Haus. Nach Herrn Baumer bestehe ein notarielles Recht auf die Tiefgaragenabfahrt. Die Stellplätze dort seien schmaler als die Abfahrt.

Stadtrat Thurner beklagt, dass es für die eigenen Mitarbeiter keine Stellplätze gebe. Eine weitere ungeklärte Frage sei der Zugang zu Maria Goretti. Er ist der Meinung, dass man die Stellplätze nicht abgeben, sondern sie als Außenfläche nutzen solle.

Bürgermeister Herdner macht darauf aufmerksam, dass man darüber mit den Grundstückseigentümern neu verhandeln müsse. Er sagt dies zu.

Stadtrat Jäger fordert 2,0 als Teiler.

Stadtrat Jung fragt nach den Wohnungen. Er käme auf 57 Betten. Herr Baumer erläutert, dass hier nach Wohnungen gezählt werde.

Stadtrat Prof. Kühne fordert eine grundsätzliche Einigung auf ein Parkierungskonzept. Strittige Punkte müssten herausgenommen werden. Die Fraktion könnte sonst dem nicht zustimmen.

In diesem Zusammenhang stellte Stadtrat Staudt die grundsätzliche Frage, ob es bei Wohnraum für Studenten in Furtwangen Knappheit gebe.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder macht deutlich, dass man in den nächsten Jahren deutlich wachsen werde. Es gebe einen Zuwachs bei den Studentenzahlen. Die äußeren Randbezirke würden demgegenüber weiter zurückgehen.

Nach der Fassadengestaltung erkundigt sich Stadtrat Thurner, insbesondere der Traufe. Herr Baumer verweist auf die Anforderungen des TUA. Es gebe ein Satteldach mit Trauf- und Firstlinie.

Stadtrat Thurner greift das Wort TUA auf und fragt Bürgermeister Herdner nach der Aktivierung des TUA.

Dies wird von Bürgermeister Herdner bejaht. Diese Bauvoranfrage sollte wegen seiner

grundsätzlichen Bedeutung aber im Gemeinderat behandelt werden.

Bei Nachverhandlungen solle man Stellplatzablösungen grundsätzlich ausschließen. Dies fordert Stadtrat Kern.

Bürgermeister Herdner erweitert den Beschlussvorschlag um den Nebensatz: „wenn die nachzuweisenden Stellplätze auf dem eigenen Grundstück nachgewiesen werden.“

Stadtrat Jung fragt nach einem Verzicht auf den ÖPNV-Anteil.

Bei studentischen Wohnungen gehe dies nicht, so Bürgermeister Herdner, sondern nur für den Bereich der Schulungen. Er ergänzt den Beschlussvorschlag um die Zahl 27 („nachzuweisenden 27 Stellplätze“).

Stadtrat Kern möchte wissen, ob man mit den 27 Stellplätzen über den gesetzlich vorgeschriebenen Plätzen liege.

Bürgermeister Herdner möchte bei einem Teiler von 2,0 ankommen.

Nach Herrn Baumer gibt es die Bandbreite von 2 bis 6. Man liege also drin.

Stadtrat Jäger verweist auf die jetzt schon gravierenden Parkraumprobleme im Winter. Man werde mit den 27 Stellplätzen nicht auskommen. Er befürchte, dass dann 30 zusätzliche Autos in Furtwangen rumstehen würden – und dies wider besseres Wissen.

Auf die Anmietung von Stellplätzen eingehend erklärt Stadtrat Ebeling, dass er sich einfach nicht vorstellen könne, woher die Studenten das Geld für den Parkplatz hernehmen würden.

Stadtrat Jäger greift die Frage auf und schlägt vor, dass man sowohl das Parkhaus, als auch die Tiefgarage bauen solle. Die Miete könne man auf die Kosten umlegen. Nach seiner Erfahrung seien studentische Mieter auch mit einem etwas höheren Mietzins einverstanden.

Stadtrat Sauter erklärt, dass die Rechtslage die Gemeinde binde. Nun sei aber ein Parkraumkonzept noch dringender.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner den um den Nebensatz („wenn die nachzuweisenden 27 Stellplätze auf dem eigenen Grundstück nachgewiesen werden“) erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Das Einvernehmen zur Bauvoranfrage zum Neubau von fünf Einzelgebäuden auf den bisher bebauten Grundstücken Bahnhofstraße 7, Baumannstraße 17 und Baumannstraße 21. anstelle der bisher vorgesehenen Tiefgarage wird unter Befreiung von Bauvorschriften erteilt, wenn die nachzuweisenden 27 Stellplätze auf dem eigenen Grundstück nachgewiesen werden.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung

TOP 6 Feststellung der Jahresrechnung 2009 Vorlage: GR 082

Bürgermeister Herdner reicht das Wort an Herrn Wekker.

Herr Wekker hält den Sachvortrag. Hierbei räumt er ein, dass man sich schon Anfang 2009 in Konsolidierung hätte begeben müssen.

Als erster ergreift Stadtrat Prof. Kühne das Wort. Der Kassenbestand erschrecke ihn. Aufgabe des Kämmersers sei die Informationspflicht gegenüber dem Gemeinderat. Er hätte mit dem Wissen über die Zahlen dem Gemeinderat Laut geben müssen. Er hätte sich auch gegen die Ausgabenpolitik des damaligen Bürgermeister Krieg stellen müssen.

Kühne wünscht sich auch eine klarere Darstellung in der Jahresrechnung. Er nennt hierbei die Seite 22c. Die Situation sei sehr unbefriedigend. Er fragt nach dem Weiterbestehen des Ausgabenstopps.

Stadtrat Jung räumt ein, dass das Gremium das Ganze habe schon erkennen können. Er hätte sich bei Herrn Wekker aber gewünscht, dass er das Rückgrat besessen hätte, einmal auf den Tisch zu klopfen. Das Gremium könne sich aber auch nicht zurückziehen. Man hätte nach der Bürgermeisterwahl auf die Bremse treten müssen. Der Kämmerser hätte die Bürgermeister-Stellvertreter auf die Lage aufmerksam machen müssen. Spätestens zum 01.01.2010 hätte er Pläne auf den Tisch legen müssen.

Stadtrat Hog konstatiert, dass 2009 die Einnahmen runter und die Ausgaben hoch gingen. Hinweise auf die Entwicklung habe es schon gegeben. Er stellt eine Erhöhung der Rechtsanwaltsausgaben fest. Herrn Baumer fragt er direkt nach den erhöhten Ausgaben, insbesondere am Brend.

Dort seien 31000 Euro Ausgaben durch den Technischen Dienst entstanden, so Baumer.

Stadtrat Hog stellt die Frage, ob alle Haushaltsreste aus 2009 für 2010 schon genehmigt seien. Mit Blick auf den Kassenstand trägt er eine Frage aus der Bevölkerung vor, ob die Löhne der städtischen Mitarbeiter noch pünktlich gezahlt würden, was Bürgermeister Herdner bejaht.

Herr Wekker erläutert, dass die Überschreitung des Kassenkredits durch das Landratsamt genehmigt sei. Er habe monatliche Liquiditätsplanungen vorzulegen. Welches Ausmaß der Fehlbetrag im Jahre 2009 einnehmen werden, konnte er so nicht vorhersehen. Der Gemeinderat wurde über Monats- und Quartalsberichte informiert.

So naiv, wie der Gemeinderat jetzt auftrete, dürfte er aber auch nicht sein, so beklagt sich Stadtrat Prof. Dr. Mescheder. Der Kämmerser sei aus gutem Grund Beamter und müsse ein Frühwarnsystem aufstellen. Die Kennzahlen müsse man richtig lesen können. Um ein gemeinsames Konzept zu entwickeln, brauche man eine solide Plattform an Zahlen.

Mescheder kritisiert, dass der angegebene Mittelwert bei der Gewerbesteuererinnahme falsch sei. Bei Steuern und Zuweisungen habe es Einnahmerückgänge gegeben. Man habe mehr ausgegeben und nicht gespart. Er spricht das Minus von 259.000 Euro bei der Stadtentwicklung Süd-Ost an (S. 21). Die Jugendmusikschule übernehme die Hälfte der Bewirtschaftungskosten der Friedrichschule. Hier bitte er genauso um Aufklärung, wie bei der Frage der Zahlungsverpflichtungen aus 2009 für 2010.

Herr Wekker erklärt hierzu, dass sich über ein Kennzahlensystem streiten lasse. Die Monatsberichte habe er übernommen. Sie seien jetzt informativer als früher. Eine Rechnung aus der Unterallmend sei erst jetzt eingegangen. Zum Problem der Bewirtschaftungskosten der Friedrichschule sagt er, dass nach Stundenzahlen ermittelt werde.

Stadtrat Thurner wirft ein, dass die Raumnutzung entscheidend sei.

Herr Baumer kann zur Frage des Minus bei der Stadtentwicklung Süd-Ost nichts sa-

gen, wird seine Stellungnahme schriftlich zustellen.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder fragt nach der Differenz von 3,9 Mio. Euro. Es gehe hier um Einnahmeverluste im Verwaltungshaushalt. Es gab pauschale Kürzungen 2009 im Unterhalt. Zur Zeit gebe es sowieso eine Ausgabensperre. Herr Baumer korrigiert, dass es sich bei dem Minus von 259.000 Euro um eine Einsparung, nicht um eine Ausgabe handle. Die Brücke am Moos und auch die Spange am Moosweg seien bekanntlich nicht gebaut worden.

Stadtrat Kern erklärt, dass er in dieser Form der vorgelegten Jahresrechnung nicht zustimmen könne. Sie sei fehlerhaft und wenig aussagekräftig. Der Gemeinderatsbeschluss vom 23.03.2010 stimme um 10.000 Euro nicht mit der Jahresrechnung überein. Beim Konjunkturprogramm seien Ungereimtheiten darin. Der Kassenbestand der Einheitskasse zum Jahresende 2009 werde in den Monatsberichten unterschiedlich angegeben. Zum 27.04.2010 betrage die Differenz 720.000 Euro, obwohl der Kassenbestand eigentlich unveränderbar ist.

Die Brendgeschichte sei ihm aufgefallen. Er könne dem nicht zustimmen. Er erwarte mehr Aussagekraft von einer Jahresrechnung. Stadtrat Kern bittet um Nachrechnung und Darlegung des Kassenbestandes zum 31.12.2009. Er wiederholt nochmals seine Ablehnung des Rechnungswerkes.

Hieraufhin beantragt Stadtrat Prof. Kühne die Vertagung des Tagesordnungspunkts.

Bei sachlichen Fehlern könne er, Stadtrat Riesle, der Vorlage nicht zustimmen. Es fehlten 4 Mio. Euro. Das Sparschwein sei mit 1,7 Mio. Euro geschlachtet worden. Man bewege sich wie ein großer Tanker. Er frage sich, was man in der 1. Hälfte 2010 gemacht habe, um die Fehlbeträge abzubauen. Er bittet um die Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzepts vom Mai.

Stadtrat Thurner meint, dass man mehrere Projekte zur Abstimmung gestellt habe. Man wolle es nicht sehen.

Stadtrat Prof. Kühne weist den Vorwurf der Naivität zurück. Der Gemeinderat habe seine Klientelpolitik durchgebracht. Er sehe nun außerplanmäßige Ausgaben, die erst bei der Jahresrechnung auftauchten. Einzelne Positionen seien nicht erkennbar. Er möchte einen schnellen Überblick haben. Man solle die Jahresrechnung 2009 zurücknehmen und überarbeiten.

Da die Gemeindeprüfungsanstalt gerade im Hause sei, solle sie gleich die Jahresrechnung mit überprüfen, so Stadtrat Kern. Erst dann könne man der Jahresrechnung zustimmen.

Bürgermeister Herdner schlägt unter Zustimmung des Gemeinderates vor, dass die Vorlage zurückgezogen und die Gemeindeprüfungsanstalt um eine Prüfung gebeten werde. Erst dann werde man sie erneut vorlegen.

TOP 7 Wirtschaftspläne 2010, 1. Nachtrag

Bürgermeister Herdner führt in die Thematik ein.

In der Diskussion nimmt als erster Stadtrat Kern Stellung. Er kritisiert, dass Investitionen der Vorjahre mit Kassenkrediten finanziert worden seien. Er erwarte eine Darstellung dieser Kassenkredite der Vorjahre, dann eine langsame Umwandlung in langfristige Kredite. Hier müsse man nachfinanzieren. Dies verändere auch die Gebührenkalkulation.

Er könne beiden Vorlagen nicht zustimmen.

Herr Wekker gibt Stadtrat Kern Recht. Man habe im Jahre 2009 einen Strich gezogen und Kredite aufgenommen. Jetzt habe sich gezeigt, dass da etwas nicht stimmen könne. Es gab Verluste im Eigenbetrieb. Es müsse aufgearbeitet werden. Die Rechtsaufsichtsbehörde sei mit dem Verfahren einverstanden. Die Kreditlinie ist bei den Eigenbetrieben nicht auskömmlich.

Nach Herrn Dold sei man mit der Rechtsaufsichtsbehörde im steten Kontakt. Es sei richtig, dass man langfristige Investitionen über Kassenkredite abgewickelt habe. Nun müsse man auch Auszahlungen leisten können. Dies solle man in einem 2. Nachtrag aufarbeiten und die Wirtschaftspläne aktualisieren. Mit der GPA sei dies abzusprechen.

Stadtrat Jäger wirft ein, dass seine Buchhaltung ihm sage, was er langfristig finanzieren müsse. Er verstehe nicht, wie dieses geschehen konnte.

Nach der Aufnahme von Krediten fragt Stadtrat Kern.

Herr Dold blickt auf frühere Entwicklungen zurück. Die monatliche Aufschlüsselung zeige, dass die Eigenbetriebe von der Einheitskasse gelebt hätten. Rigoroses Sparen sei erforderlich.

Stadtrat Kern erinnert daran, dass er dies vor mehr als fünf Jahren schon angemahnt habe.

Bürgermeister Herdner sagt zu, dass die Sache aufgearbeitet werde. Dann könne über einen Nachtrag entschieden werden. Mittels Krediten werde man zunächst leben. Die Vorlagen GR 079 und auch GR 080 zieht Bürgermeister Herdner daraufhin zurück.

TOP 8 Erlass der Satzung über die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)
Vorlage: GR 072

Bürgermeister Herdner leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Hog stellt fest, dass man mit den vorgeschlagenen Erhöhungen im oberen Bereich des gesamten Kreises liege. Er befürchte einen Rückgang der Bautätigkeit. Man solle stattdessen stufenweise vorgehen. Seine Fraktion beantrage eine Erhöhung der Grundsteuer B statt auf 450 v. H., nun auf 430 v. H.

Stadtrat Jäger hat Zweifel daran, dass dies der richtige Weg sein. Die Stadt würde etwas erhöhen, ohne eine einzige Einsparung gemacht zu haben. Dem könne er nicht zustimmen.

Man müsse heute einen Beschluss fassen, so Stadtrat Jung. Im Kreis liege Furtwangen mit diesen Erhöhungen gleich hinter Bad Dür rheim und Blumberg. Es würde am stärksten erhöhen.

Nach Stadtrat Prof: Dr. Mescheder habe seine Fraktion bei diesem Punkt keine einheitliche Meinung. Er moniere auch, dass die Reihenfolge eine falsche sei. Man fange mit Steuererhöhungen an, statt zu sparen. Zur Grundsteuer A erklärt er, dass man die Landwirtschaft nicht zusätzlich belasten möchte. Er bedauere, dass hiervon nur andere profitieren würden und für die Beibehaltung der Landschaft nichts gezahlt werden könne.

Über die Kürzung von Ausgaben werde geredet, so Stadtrat Prof. Kühne. Diese würden auch zulasten der Bürger und der Attraktivität einer Stadt gehen. Er räumt ein, dass es sicherlich besser sei, ein Gesamtkonzept zu besitzen. Wenn man aber keine Satzung habe, bekomme man ein ganz großes Problem.

Die Erhöhung schlage auf Hauseigentümer, Mieter und Vermieter voll durch. Darauf machte Stadtrat Biehler aufmerksam. Man solle die Sätze belassen und nicht erhöhen. Bürgermeister Herdner sieht dies als Antrag. Die Reihenfolge sei unglücklich, gesteht er. Auch im laufenden Jahr werde gespart, so beim Personal.

Stadtrat Jung stellt die Frage, ob diese Erhöhung Furtwangen verträge und was die Rechtsaufsicht dazu sage.

Bürgermeister Herdner erklärt hierzu, dass dies kein Vorschlag der Rechtsaufsicht sei, sondern der Verwaltung.

Dem Landratsamt solle man ein Signal zeigen, so Stadtrat Riesle. Man könne aber nicht dem Bürger erklären, warum er auf einmal 18,4% mehr zahlen müsse, ohne dass dem ein Mehr an Leistungen gegenüber stehe. Dies sei eine unlautere und unverschämte Erhöhung.

Die Grundsteuererhöhung müsse nicht sein, so Stadtrat Kern, wäre aber gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde nicht klug. Er appelliert an eine einheitliche Haltung.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B von 350 v. H. auf 420 v. H. schlägt Stadtrat Ebeling vor.

Bürgermeister Herdner schlägt vor, die Grundsteuer A auf 365 v. H. und die Grundsteuer B auf 430 v. H. zu erhöhen. Die Gewerbesteuer solle unverändert bleiben. Diesen Vorschlag stellt er zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Grundsteuer A soll auf 365 v. H. und die Grundsteuer B auf 430 v. H. erhöht werden. Die Gewerbesteuer bleibt unverändert.

Die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer wird wie vorgeschlagen erlassen und tritt rückwirkend zum 01.01.2010 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 1 Nein-, 17 Ja-Stimmen.

TOP 9 Aktualisierung Haushaltsplanentwurf 2010

Dieser Tagesordnungspunkt wird von Bürgermeister Herdner abgesetzt.

TOP 10 Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

TOP 10.1 Bekanntgabe

Dem Gemeinderat wird folgendes bekannt gegeben:

1. Wasserversorgung in Furtwangen; Reduzierung der Wasserverluste
2. Wasserversorgung in Furtwangen; Druckerhöhungsanlage im Hochbehälter Rößle in Furtwangen-Neukirch
3. Zensus 2011

**TOP
10.2** **Anträge und Anfragen**

Auf die Anfrage von Stadtrat Thurner zur Bauabnahme beim OHG und etwaigen Planungsfehlern des Architekten sagt Herr Baumer einen schriftlichen Bericht zu.

Stadtrat Prof. Kühne bittet Bürgermeister Herdner um weitere Unterstützung bei der von allen vier Fraktionen mitgetragenen Schwimmbadrettungsaktion. Es ginge hier auch um den Fehlbetrag in diesem Jahr. Bürgermeister Herdner sagte weitere Aktionen hierzu zu.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder fragt nach Aktionen für Erstsemesterstudenten. Welche Zuschüsse es gebe, möchte er zudem wissen. Herr Wekker wird eine Antwort geben.

Stadtrat Braun spricht die Beschilderung Am Niegenhirschwald an. Man möchte dies in Eigeninitiative machen. Herr Baumer macht darauf aufmerksam, dass dies einer Genehmigung durch die Verkehrsschau bedarf. Es sei schon angemeldet.

Warum die sog. Bunny-Party des Fußballclubs in die Halle nach Neukirch verlegt werden musste, möchte Stadtrat Staudt von der Verwaltung wissen. Dies sei eine Zuminde- tung für die Jugendlichen und deren Eltern. Frau Grieshaber macht darauf aufmerk- sam, dass es einen Verwaltungsbeschluss gebe, der besage, dass aufgrund von Er- fahrungen wegen des erhöhten Reinigungsaufwandes die Festhalle für Jugendverans- taltungen nicht mehr zur Verfügung stehe.

Stadtrat Prof. Kühne beantragt, die nachfolgende nichtöffentliche Sitzung zu vertagen.

Stadtrat Kern bittet darum, zukünftig keine drei Vorträge halten zu lassen, sondern sich auf höchstens einen zu verständigen. Man habe hiermit 1 ½ Stunden verbracht.

Die öffentliche Gemeinderatssitzung schließt Bürgermeister Herdner um 22.08 Uhr.

Im Anschluss hieran stellt Bürgermeister Herdner fest, dass im Falle Steiert erst bis zum 27.07.2010 eine Entscheidung fallen müsse. Man werde dem Gemeinderat die Vorlage zukommen lassen.

Mit Zustimmung des Gemeinderates wird die nichtöffentliche Sitzung vertagt.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 7 wird beurkundet.

.....
Josef Herdner
Bürgermeister

.....
Rainer Jung
Stadtrat

.....
Dr. Ludger Beckmann
Schriftführer

.....
Dr. Stefan Scheit
Stadtrat